

## Schweizerische Zeitschrift für Forstwesen

06/2009 1/3

Forstverein  
Société forestièreWalderhaltungs- und Raumentwicklungs-  
politik. SFV-Debatte  
vom 23. April 2009

«Langfristiges Denken liegt uns im Blut. Und die Walderhaltung am Herzen.» – Mit diesen beiden Sätzen eröffnete Adrian L. Meier-Glaser, der Präsident des Schweizerischen Forstvereins, die diesjährige SFV-Debatte zur Walderhaltungs- und Raumentwicklungs- und Raumentwicklungspolitik. Im Zentrum standen zum einen der Entwurf des neuen Raumentwicklungsgesetzes<sup>1</sup> und zum anderen das Projekt der Waldstadt Bremer in Bern. Beide Themen werden noch einiges zu reden geben.

Das erste Referat hielt Lukas Bühlmann, der Direktor der Schweizerischen Vereinigung für Landesplanung (VLP). Die Raumplanung habe es schwer in diesem Land; aber nicht wegen des Waldes. Im Gegenteil: Der Wald habe als Siedlungstrenngürtel sowie Erholungs- und Freizeitraum eine enorme Bedeutung für die Raumplanung. «Ohne Wald» müssten alle diese Aufgaben planerisch gelöst werden, sagte Bühlmann. Doch Planungen seien stets langwierige und politisch heikle Prozesse. Dem politischen Druck nachzugeben und den Wald für Siedlungszwecke

zu öffnen, davon riet Bühlmann entschieden ab. Es stehe zu viel auf dem Spiel.

Catherine Martinson vom WWF Schweiz stellte die Eidgenössische Volksinitiative «Raum für Mensch und Natur» vor. Wie der Name sagt, will die Initiative den Lebensraum für Mensch und Natur erhalten, aber auch das Landwirtschaftsland. Der Kern der Initiative ist die Bestimmung, dass die Gesamtfläche der schweizerischen Bauzonen während 20 Jahren nicht vergrössert werden darf. Der strikte Schutz des Waldareals müsse aufrechterhalten bleiben, so Martinson. Zudem sei zu überlegen, ob ein ähnlich strenger Schutz nicht auch für Landwirtschaftsland zu schaffen sei.



Beim Apéro im Anschluss an die SFV-Debatte.  
Foto: Barbara Allgaier Leuch

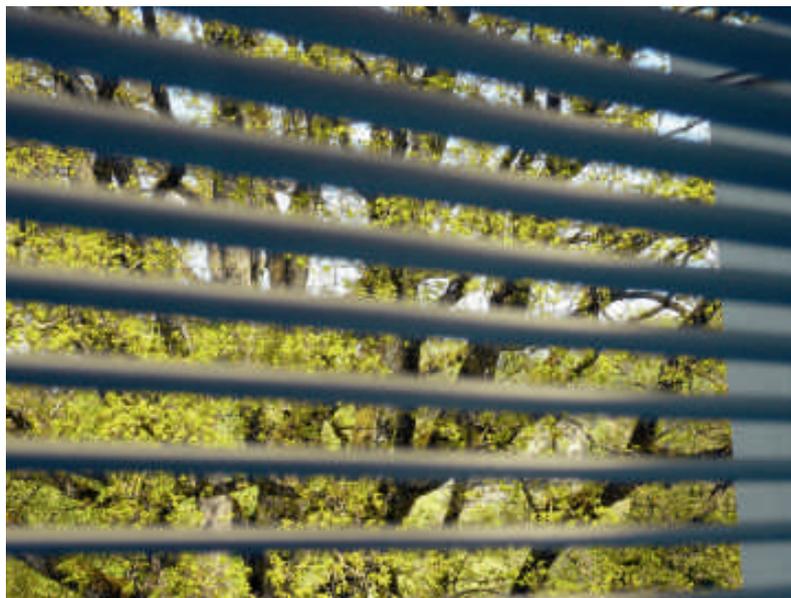
## Bau- und Kulturlandzonen

Er sei ein Urbanist, gestand Martin Eggenberger, Präsident des Fachverbandes

Schweizer Planerinnen und Planer (FSU), gleich zu Beginn seiner Ausführungen, und weiter: Der Wald sei heute praktisch tabu. Und auch der Entwurf zum neuen Raumentwicklungsgesetz (REG) sehe vor, dass das Waldareal weiterhin durch die Waldgesetzgebung umschrieben und geschützt sei. Der Wald wäre somit auch künftig praktisch nicht verschiebbar. Die Frage, ob es möglich sein soll, Wald zugunsten einer besseren Siedlungsentwicklung zu verschieben, ist laut Eggenberger unter Raumplanern sehr umstritten. Zu reden geben dürften auch die im Entwurf zum REG enthaltenen Kulturlandzonen. Diese umfassen nämlich alle Gebiete, die nicht einer Bauzone zugewiesen sind – also auch den Wald, der aber weiterhin auch durch das Waldgesetz geschützt sein soll.

Evelyn Coleman berichtete von zwei Fachtagungen aus den Jahren 2006 und 2007, die den Schnittstellen zwischen Wald und Raumplanung gewidmet waren. Der Wunsch nach einer umfassenden Grünraumplanung sowohl im Siedlungsgebiet wie auch im ländlichen Raum sei deutlich zum Ausdruck gekommen. Zwischen den anwesenden Waldfachleuten und Raumplanern gab es zu bestimmten Fragen unterschiedliche Meinungen. So waren beispielsweise die Waldfachleute bei der Frage der Lockerung des Rodungsverbotes für kleinflächige Waldverschiebungen eher dafür, während die Planer eher dagegen waren. Nicht wenige hätten hier wohl ein Resultat mit umgekehrten Vorzeichen erwartet.

Sehr aufmerksam lauschten die Zuhörer den Ausführungen von Ursula Wyss. Die Berner Nationalrätin präsidiert seit 2007 den Förderverein der Waldstadt Bremer. Mit diesem Bauvorhaben soll anschliessend an das Berner Länggassquartier neuer Wohnraum für bis zu 10000 Bernerinnen und Berner geschaffen werden. Doch müssten dafür 43 Hektaren Wald gerodet werden – eine für Schweizer Verhältnisse zweifellos grosse Fläche. Wyss betonte, dass mit der Waldstadt Bremer zentrumnahes Wohnen ermöglicht werden soll. Das Projekt sei nur machbar,



Aus welcher Perspektive Wald und Landschaft betrachten? Foto: Barbara Allgaier Leuch

<sup>1</sup> Mitte Mai ist bekannt geworden, dass es doch kein neues Gesetz geben soll. Im Vordergrund steht nun eine Teilrevision des Raumplanungsgesetzes (RPG). Eine weiter gehende, grundsätzliche Revision des RPG wird parallel dazu in Angriff genommen (vgl. auch «Neuigkeiten»).

wenn die Autobahn, die mitten durch den Bremgartenwald führt, überdeckt werde. Damit werde dieses durch die Autobahn stark beeinträchtigte Gebiet deutlich aufgewertet.

#### **Regionale Sicht unabdingbar**

Das Projekt der Waldstadt Bremer ist seit 2008 ein Modellvorhaben der nachhaltigen Siedlungsentwicklung des Bundesamtes für Raumentwicklung (ARE). Laut Wyss

hat dies dem Projekt sehr genützt. Zusammen mit dem regionalen Siedlungsflächenmanagement ermögliche dies eine umfassende Sicht. Schlussendlich gehe es um eine Abwägung der Gesamtinteressen in einem regionalen Kontext. Man wolle sich der Diskussion stellen und sei auf Rückmeldungen angewiesen, versicherte Wyss. Dass dies keine leeren Versprechungen sind, zeigte sich in der anschliessenden Diskussion. Die Parlamentarierin

nutzte den Anlass nicht, wie dies Politiker oft tun, um die eigenen Botschaften möglichst effektiv unter das Publikum zu bringen, sondern hörte den Voten der anwesenden Fachleute aufmerksam zu.

An der Podiumsdiskussion unter der Leitung von Andreas Bernasconi nahmen nebst den Referenten drei weitere Vertreter aus der Verwaltung teil. Der Leiter der Abteilung Wald des Bundesamtes für Umwelt, Rolf Manser, sagte, dass im Bereich

#### **Persönliche Zwischenbilanz von Adrian L. Meier-Glaser (Präsident SFV)**

##### **1. Es ist zu differenzieren.**

In urbanen Gebieten ist der Wald unter Druck, in Regionen, wo sich die Landwirtschaft zurückzieht, erobert der Wald hingegen früher einmal urbar gemachte Flächen zurück. Der Wald ist somit sowohl Bedrängter als auch Bedränger, woraus sich unterschiedliche Herausforderungen ergeben. In der Kommunikation und bei der Lösung dieser Herausforderungen braucht es differenzierte Ansätze. Es wäre weder sachlich noch politisch klug, diese zwei Herausforderungen zu vermischen oder gegeneinander aufzurechnen. Eine kantonale oder gar nationale Aufrechnung würde insbesondere dazu führen, dass die Bevölkerung im urbanen Mittelland mit der Zeit einen wichtigen Teil ihres Erholungsraumes verlieren würde.

##### **2. Jetzt einwachsende Flächen sollen nicht immer Wald bleiben müssen.**

Wenn Grenzertragsflächen von der Landwirtschaft aufgegeben und wieder zu Wald werden, liegen die Ursachen ausserhalb von Wald und Waldpolitik. Dennoch geht die Problematik die Forstpolitik etwas an. Auch ist sie an einer Lösung interessiert. Einwachsende Flächen zeigen, dass kein Interesse mehr an einer spezifischen Nutzung besteht. Warum hier Aufwand betreiben? Sollte zu einem späteren Zeitpunkt das Interesse an einer landwirtschaftlichen Nutzung wieder wachsen, sollte dann die Rückführung zu offenem Land ermöglicht werden. Die dafür nötigen Regelungen sind heute zu treffen. Nur so kann Klarheit geschaffen und der bestehende politische Druck aufgefangen werden.

##### **3. Die vollständige Integration des Waldes in die Raumplanung ist nicht das Heilmittel für eine nachhaltigere Bodennutzung.**

Die Herausforderung, mit unserem Boden haushälterisch umzugehen, wird immer grösser, und die der Landwirtschaft zur Verfügung stehende Fläche wird täglich kleiner. Der Ruf nach Opfersymmetrie zwischen Landwirtschafts- und Waldgebiet ist deshalb verständlich, aber nicht zielführend. Die Raumentwicklungspolitik hat die gesteckten Ziele selber, und nicht auf Kosten des Waldes zu erreichen.

##### **4. Nur mit starken und wirksamen Instrumenten und einem entsprechenden politischen Willen könnte der Wald in die Raumplanung einbezogen werden.**

Es stellt sich auch die Frage, wofür und unter welchen Bedingungen Wald für andere Nutzungen verfügbar sein soll. Bei einer Umnutzung für Infrastrukturbauten, wie Bahnen oder Strassen, und für Abbau- und Deponievorhaben haben sich die bisherigen Rodungsvorschriften bewährt. Verbesserungsfähig ist der Vollzug. Denn ein kleinlicher Vollzug und eine engstirnig gelebte Forstpolizei stellen eine Gefahr für die Walderhaltung dar, indem sie Unverständnis und damit politischen Druck für grundlegende Korrekturen erzeugen. An den Gesetzen ist dafür aber gar nichts zu ändern.

Bei einer Umnutzung für Wohnbauten scheint es Einzelfälle zu geben, die prima vista sinnvoll erscheinen. Die Herausforderung hier liegt darin, so vorzusorgen, dass ein sinnvoller Einzelfall nicht zum Präjudiz wird, welcher der Spekulation Tür und Tor öffnet.

##### **5. Für den Einbezug des Waldes in die Raumplanung sind noch viele grundsätzliche Diskussionen notwendig.**

Wenn die laufende Revision des Raumentwicklungsgesetzes im vorgesehenen Tempo durchgezogen wird, ist es nicht sinnvoll, noch rasch über den Einbezug des Waldes zu diskutieren. Eine solche grundsätzliche Änderung darf nicht übers Knie gebrochen werden. Der Schweizerische Forstverein ist aber an einer langfristigen und sachlichen Diskussion über Wald, Walderhaltung und Raumplanung interessiert. Daher ist er gewillt, sich hier mit der praktischen Erfahrung und dem Fachwissen seiner Mitglieder einzubringen. ■

Adrian L. Meier-Glaser



der Walderhaltung die Schwierigkeiten primär im Siedlungsgebiet liegen. Allerdings sei ihm nur die Waldstadt Bremer als Siedlungserweiterungsprojekt im Wald bekannt. Zunehmend Sorgen bereitet Manser die Landwirtschaft. Von Exponenten werde immer lauter gefordert, dass der Landverbrauch nicht nur auf Kosten der Landwirtschaft erfolgen soll. Diese Kreise hätten denn auch dankbar aufgenommen, dass im REG sämtliche Bodenbedeckungen ausserhalb der Bauzonen in Kulturlandzonen zusammengefasst werden sollen. Da schwinde der Gedanke der Opfersymmetrie mit. Reto Camenzind vom ARE bestätigte denn auch, dass im Rahmen der Vernehmlassung zum neuen REG verschiedene Meinungen zum Einbezug des Waldes in die Raumplanung sowie zum künftigen Schutz der Fruchtflächen geäussert wurden.

Auch für den Vorsteher des Amtes für Wald im Kanton Bern, Hansruedi Walther, wird die Forderung nach Opfersymmetrie immer lauter. Weil die Bautätigkeit weitgehend zulasten der Landwirtschaft gehe, sei dies auch nachvollziehbar. Aktuell sieht Walther die grössten Probleme vor allem bei den einwachsenden Flächen im Berggebiet einerseits und beim hohen Druck auf den Wald im Siedlungsgebiet andererseits. In den Diskussionen würden diese beiden Probleme immer vermischt. Laut Walther besteht schon heute die Möglichkeit, das Waldareal unter bestimmten Voraussetzungen in die Raumplanung einzu beziehen. Dass dem so sei, zeige der Fall der Waldstadt Bremer. Man habe da nicht einfach abgeblockt. Solche Fragen müssten diskutiert werden können. Zentral bei diesem Projekt seien eine regionale Sicht, das Prüfen von Alternativen sowie ein demokratisches Verfahren. Erst wenn das erfolgt sei, könne beurteilt werden, ob das öffentliche Interesse höher zu gewichten sei als die Walderhaltung.

#### **Ein Tabubruch?**

Ursula Wyss vertrat die Meinung, jede Rodung und zusätzliche Siedlungsausdehnung solle als Einzelfall angeschaut und bewertet werden. Von der Projektgruppe der Waldstadt werde man nie die Forderung nach einer Gesetzesänderung oder Deregulierung oder Aufweichung der aktuellen Rodungsbestimmungen hören. Bei der Waldstadt Bremer handle es sich um einen Einzelfall, der aber genau gleich wie

alle anderen Rodungsanträge behandelt werden soll. Deshalb könne die Waldstadt auch nicht als Präjudiz für andere Rodungen gesehen werden. Lukas Bühlmann sieht dies hingegen anders. Werde ein solches Projekt bewilligt, so würden andere darauf Bezug nehmen. Er habe grosse Zweifel, dass die Waldstadt Bremer mit dem geltenden Recht realisiert werden könne. Persönlich habe er zwar grosse Sympathien für dieses Projekt. Doch letztlich überwiege halt doch die Bedenken vor einem Tabubruch mit unabsehbaren Folgen.

Damit dürfte Bühlmann die Stimmung von vielen Anwesenden sehr gut getroffen haben. In der Diskussion wurde immer wieder davor gewarnt, den kleinen Finger herzugeben. An der strengen Walderhaltung sei weiterhin festzuhalten. Eine vorsichtige Öffnung könnten sich einige allerdings vorstellen, wenn im Gegenzug bei Umnutzungen der Mehrwert konsequent abgeschöpft würde. Damit würden gleich lange Spiesse geschaffen, hiess es. Die Initianten der Waldstadt Bremer rechnen denn auch mit einer Mehrwertabschöpfung. Damit das Projekt aber realisiert werden kann, muss ein grosser Teil davon für die Überdeckung der Autobahn verwendet werden können.

#### **Überwindung des Dilemmas**

Ein Überdenken der Walderhaltungspolitik scheint mittelfristig unausweichlich. Dabei steht viel auf dem Spiel. Eine konservative und auf Sicherheit beruhende Strategie der Walderhaltung würde verschiedensten Begehrlichkeiten zweifellos einen Riegel schieben. Doch könnten dann selbst Projekte, die einer strengen Nachhaltigkeitsüberprüfung standhalten, nicht realisiert werden. Mit anderen Worten: Wer nichts wagt, gewinnt auch nichts. Dieses Dilemma war in Freiburg sehr stark zu spüren. Es ist zu hoffen, dass mittelfristig Wege gefunden werden, um dieses Dilemma zu überwinden. Wie vielen Voten zu entnehmen war, scheint die Zeit dafür aber noch nicht reif zu sein. Gelingt es den Initianten der Waldstadt Bremer in den nächsten Jahren – unabhängig davon, ob diese dereinst realisiert wird –, einen gangbaren Weg aufzuzeigen, so wäre dies zweifellos als grosser Gewinn zu werten. ■

Lukas Denzler